GROSSER RAT
Junisession 2026 2026-54

Auftrag Hohl betreffend strategische Priorisierung der kantonalen Aufgaben im Hinblick auf den absehbaren Arbeitskräftemangel

Graubünden steht in den kommenden Jahren vor einem sich deutlich verschärfenden Arbeitskräftemangel. Verschiedene Studien – unter anderem des Wirtschaftsforums Graubünden – zeigen, dass dem Arbeitsmarkt bereits bis 2030 mehrere zehntausend Arbeitskräfte fehlen werden. Diese Entwicklung betrifft nicht nur die Privatwirtschaft, sondern zunehmend auch die öffentliche Hand.
Bereits heute zeigt sich, dass offene Stellen in verschiedenen Bereichen nicht mehr oder nur mit grossem Aufwand besetzt werden können. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an den Staat weiter, sei es durch die demografische Entwicklung, gesetzliche Vorgaben oder neue gesellschaftliche Erwartungen.
Unter diesen Voraussetzungen wird es künftig nicht mehr in allen Bereichen möglich sein, Aufgaben im bisherigen Umfang und mit den bisherigen Standards zu erfüllen. Es ist daher angezeigt, frühzeitig und vorausschauend zu klären, welche staatlichen Aufgaben zwingend sicherzustellen sind und wo Entlastungen möglich sind.
Die vom Kanton durchgeführte Aufgaben- und Leistungsüberprüfung bildet hierfür eine wichtige Grundlage. Sie fokussiert jedoch primär auf Effizienz und Finanzierbarkeit. Die Frage, wie staatliche Aufgaben unter den Bedingungen eines sich verschärfenden Arbeitskräftemangels aus strategischer Perspektive priorisiert werden sollen, wird bislang nicht explizit beantwortet.
Ziel dieses Auftrags ist es deshalb nicht, einen pauschalen Leistungsabbau vorzunehmen, sondern eine strategische Grundlage zu schaffen, damit der Kanton seine zentralen Aufgaben auch unter künftig knapper werdenden personellen Ressourcen zuverlässig erfüllen kann.
Dabei sollen neben bewusstem Verzicht oder Leistungsbeschränkungen auch die Möglichkeiten der Digitalisierung, Automatisierung sowie organisatorischer Vereinfachungen systematisch geprüft und aufgezeigt werden.

Die Regierung wird beauftragt, dem Grossen Rat einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt:

1. in welchen Aufgabenbereichen des Kantons Graubünden in den kommenden Jahren aufgrund des demografisch bedingten Arbeitskräftemangels die grössten personellen Engpässe zu erwarten sind;
2. welche Aufgaben des Kantons zu den zwingend sicherzustellenden Kernaufgaben gehören;
3. bei welchen Aufgaben und Leistungen Verzicht, Leistungsbeschränkungen, Vereinfachungen, Standardisierungen, Digitalisierungen, Automatisierungen, Kooperationen oder Auslagerungen geprüft werden sollen, um personelle Ressourcen gezielt zugunsten der Kernaufgaben einzusetzen;
4. in welchen Aufgabenbereichen politische oder gesetzgeberische Handlungsspielräume bestehen, falls sich der Arbeitskräftemangel weiter verschärft;
5. mit welchen Prioritäten und in welchem Zeitrahmen die Regierung die notwendigen Massnahmen umzusetzen beabsichtigt.

Chur, 17. Juni 2026

Hohl, Koch, Heini, Adank, Altmann, Berthod, Berweger, Bundi, Butzerin, Caluori, Casutt, Censi, Claus, Cola, Collenberg, Crameri, Della Cà, Derungs, Dürler, Gansner, Gort, Grass, Haltiner, Hartmann, Heim, Jochum, Kienz, Kuoni, Lehner, Luzio, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Natter, Oesch, Pfäffli, Rodigari, Roffler, Rüegg, Schutz, Stiffler, Thür-Suter, Tomaschett, von Tscharner, Wieland

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Sitzung vom	Mitgeteilt den	Protokoll Nr.
25. August 2026	26. August 2026	601/2026

Auftrag Hohl

betreffend strategische Priorisierung der kantonalen Aufgaben im Hinblick auf den absehbaren Arbeitskräftemangel

Antwort der Regierung

Gemäss Art. 78 der Verfassung des Kantons Graubünden (Kantonsverfassung, KV; BR 110.100) sind die öffentlichen Aufgaben periodisch auf ihre Notwendigkeit, Wirksamkeit und Finanzierbarkeit zu prüfen. Die Regierung hatte im Rahmen der 2022 durchgeführten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) die Aufgaben des Kantons Graubünden systematisch und flächendeckend analysiert. Dabei wurde unter anderem geprüft, ob mit Blick auf das öffentliche Interesse auf Aufgaben verzichtet respektive teilweise verzichtetet oder der Leistungsumfang reduziert werden kann. Die Ergebnisse der ALÜ wurden in einem Bericht der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Die Regierung betrachtet die Überprüfung der kantonalen Aufgaben und Leistungen ganz grundsätzlich als permanente Führungsaufgabe. In der jüngeren Vergangenheit wurden daher bereits laufend Verbesserungen, Prozessoptimierungen (inkl. Digitalisierungen) sowie Reorganisationen umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht.

Der im Auftrag erwähnte sich verschärfende Arbeitskräftemangel betrifft die gesamte Wirtschaft und damit auch die kantonale Verwaltung. Er steht in engem Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung unseres Kantons und ist schon heute ein wichtiger Faktor. Bereits im Rahmen des Regierungsprogramms 2025–2028 wurden deshalb Entwicklungsschwerpunkte (ES 1.2 und 1.3) formuliert, die Initiativen zum demografisch bedingten Fachkräftemangel bzw. zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität beinhalten. Mit konkreten Massnahmen soll dem Arbeitskräftemangel gezielt entgegengewirkt und die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber weiter erhöht werden.

Die Regierung ist der Ansicht, dass es – so wie im vorliegenden Auftrag angedacht – zu kurz gegriffen wäre, den Umfang der staatlichen Aufgaben allein an der Verfügbarkeit von Arbeitskräften in der kantonalen Verwaltung auszurichten. Zudem wäre

es schwierig, eine verlässliche Prognose zu stellen, da sich der Arbeitsmarkt dynamisch entwickelt. Aktuell hat sich die Lage für die kantonale Verwaltung im Vergleich zu den vergangenen Jahren vorübergehend sogar leicht entschärft; weiterhin herausfordernd erweist sich jedoch die Gewinnung von geeigneten Führungskräften.

Die demografische Entwicklung ist daher aus Sicht der Regierung nicht primär als isoliertes Personalproblem der kantonalen Verwaltung zu betrachten. Sie betrifft vielmehr das Verhältnis zwischen Bevölkerungsentwicklung, Arbeitskräfteangebot, Nachfrage nach staatlichen Leistungen und den verfügbaren finanziellen Ressourcen. Die damit verbundenen Herausforderungen lassen sich nicht allein durch eine Reduktion von Aufgaben oder Leistungen bewältigen. So ist beispielsweise zu erwarten, dass im Gesundheits- und Pflegebereich aufgrund der älter werdenden Bevölkerung mehr Arbeitskräfte benötigt werden oder je nach Entwicklung der Künstlichen Intelligenz möglicherweise Arbeitskräfte eingespart werden könnten. Erforderlich ist deshalb eine ganzheitliche Betrachtung, welche die unterschiedlichen Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die verschiedenen Politikbereiche berücksichtigt und daraus Prioritäten für das staatliche Handeln ableitet.

Zu beachten ist dabei, dass sich die Aufgaben des Kantons einerseits aus dem Bundesrecht, andererseits aus dem nicht abschliessenden Aufgabenkatalog der Kantonsverfassung sowie aus der kantonalen Gesetzgebung ergeben. Das bedeutet, dass nicht alle Aufgaben ohne Weiteres angepasst, reduziert oder anders gewichtet werden können; dies ist nur dort möglich, wo dem Kanton ein (gesetzlicher) Handlungsspielraum zukommt.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag wie folgt abzuändern:

Die Regierung wird beauftragt, im Rahmen des nächsten Regierungsprogramms eine Demografiestrategie Graubünden zu erarbeiten, welche die positiven und negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklung aufzeigt, die daraus resultierenden Herausforderungen und Chancen analysiert und mögliche Massnahmen zur Bewältigung dieser Entwicklungen aufzeigt.

Namens der Regierung

Der Präsident: Martin Bühler

Der Kanzleidirektor: Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun da zercladur 2026 2026-54

Incumbensa Hohl concernent la priorisaziun strategica da las incumbensas chantunalas en vista a la mancanza previsibla da forzas da lavur

Ils proxims onns vegn la mancanza da forzas da lavur en il Grischun a daventar anc bler pli acuta. Differents studis – tranter auter dal Forum economic dal Grischun – mussan, che plirs dieschmilli forzas da lavur vegnan a mancar fin l'onn 2030 sin il martgà da lavur. Quest svilup na pertutga betg mo l'economia privata, mabain adina pli savens er il maun public.
Gia oz èsi uschia, che las plazzas libras en differents secturs na pon betg pli vegnir occupadas u mo cun grondas stentas. A medem temp creschan las pretensiuns envers il stadi pli e pli fitg, saja quai pervia dal svilup demografic, pervia da prescripziuns legalas u perquai che la societad ha novas aspectativas.
Sut questas premissas na vegni en l'avegnir betg pli ad esser pussaivel d'ademplir las incumbensas en tut ils secturs en la dimensiun actuala e cun ils standards actuals. Perquai èsi inditgà da sclerir a temp ed en moda prospectiva, tge incumbensas dal stadi che ston en mintga cas vegnir garantidas e nua ch'igl è pussaivel da permetter facilitaziuns.
L'examinaziun da las incumbensas e da las prestaziuns ch'il chantun ha fatg, è ina basa impurtanta per quest intent. Il focus da questa examinaziun vegn dentant mess primarmain sin l'effizienza e sin la finanziabladad. La dumonda, co che las incumbensas dal stadi duain vegnir priorisadas strategicamain sut las cundiziuns d'ina mancanza da forzas da lavur pli e pli acuta, n'è betg vegnida respundida explicitamain fin ussa.
Questa incumbensa n'ha perquai betg la finamira da reducir pauschalmain las prestaziuns, mabain da stgaffir ina basa strategica, per ch'il chantun possia ademplir en moda fidada sias incumbensas centralas er cun las resursas persunalas pli e pli stgarsas.
Ultra da renunziar cun intenziun a prestaziuns u da restrenscher tschertas prestaziuns duain er vegnir examinadas sistematicamain e preschentadas las pussaivladads da la digitalisaziun, da l'automatisaziun e da simplifitgar l'organisaziun.

La Regenza vegn incumbensada da suttametter al Cussegl grond in rapport che mussa:

1. en tge champs d'incumbensas dal chantun Grischun ch'ins sto far quint ils proxims onns cun las pli grondas stretgas persunalas che resultan da la mancanza da forzas da lavur pervia da la demografia;
2. tge incumbensas dal chantun che valan sco incumbensas centralas che ston en mintga cas vegnir garantidas;
3. tar tge incumbensas e prestaziuns ch'i duain vegnir examinadas mesiras, sco ina renunzia, restricziuns da prestaziuns, simplificaziuns, standardisaziuns, digitalisaziuns, automatisaziuns, cooperaziuns u excorporaziuns, quai per pudair impunder las resursas persunalas sistematicamain per las incumbensas centralas;
4. en tge champs d'incumbensas ch'i dat libertads d'agir politicas u legislativas, sche la mancanza da forzas da lavur avess da daventar anc pli acuta;
5. cun tge prioritads ed entaifer tge orizont da temp che la Regenza vul realisar las mesiras necessarias.

Cuira, ils 17 da zercladur 2026

Hohl, Koch, Heini, Adank, Altmann, Berthod, Berweger, Bundi, Butzerin, Caluori, Casutt, Censi, Claus, Cola, Collenberg, Crameri, Della Cà, Derungs, Dürler, Gansner, Gort, Grass, Haltiner, Hartmann, Heim, Jochum, Kienz, Kuoni, Lehner, Luzio, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Natter, Oesch, Pfäffli, Rodigari, Roffler, Rüegg, Schutz, Stiffler, Thür-Suter, Tomaschett, von Tscharner, Wieland

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Sesida dals	Communitgà ils	Protocol nr.
25 d'avust 206	26 d'avust 206	601/2026

Incumbensa Hohl

concernent la priorisaziun strategica da las incumbensas chantunalas en vista a la mancanza previsibla da forzas da lavur

Resposta da la Regenza

Tenor l'art 78 da la Constituziun dal chantun Grischun (Constituziun chantunala, CC; DG 110.100) stoi vegnir controllà periodicamain, sche las incumbensas publicas èn necessarias, efficazias e finanziablas. En il rom da l'examinaziun da las incumbensas e da las prestaziuns da l'onn 2022 ha la Regenza analisà sistematicamain tut las incumbensas dal chantun Grischun. Tranter auter ha ella examinà, sch'igl è pussaivel – en vista a l'interess public – da desister dal tuttafatg u parzialmain da tschertas incumbensas u da reducir la dimensiun da las prestaziuns. En in rapport ha ella mess a disposiziun ils resultats respectivs a la publicitad.

La Regenza consideresch l'examinaziun da las incumbensas e da las prestaziuns chantunalas da princip sco incumbensa directiva permanenta. L'ultim temp èn perquai gia vegnidas realisadas resp. instradadas cuntinuadamain meglieraziuns, optimaziuns dals process (incl. digitalisaziuns) sco er reorganisaziuns.

La mancanza da forzas da lavur pli e pli acuta che vegn menziunada en l'incumbensa, pertutga l'entira economia ed uschia er l'administraziun chantunala. Ella stat en in stretg connex cun il svilup demografic da noss chantun ed è gia oz in factur impurtant. Gia en il rom dal Program da la Regenza 2025–2028 èn perquai vegnids formulads puncts centrals da svilup (PS 1.2 ed 1.3), che cuntegnan iniziativas pertutgant la mancanza da persunal spezialisà en consequenza da la demografia resp. engaschaments per meglierar l'attractivitad dal patrun. Cun mesiras concretas duai vegnir cumbattida sistematicamain la mancanza da forzas da lavur ed augmentada anc pli fitg l'attractivitad dal chantun sco patrun.

La Regenza è da l'avis, ch'i fiss memia simpel d'orientar – sco proponì en l'incumbensa qua avant maun – la dimensiun da las incumbensas statalas sulettamain tenor

la disponibladad da forzas da lavur en l'administraziun chantunala. Perquai ch'il martgà da lavur sa sviluppa en moda dinamica, fissi plinavant difficil da far ina prognosa fidada. Actualmain è la situaziun per l'administraziun chantunala temporarmain schizunt sa meglierada in zic en cumparegliaziun cun ils onns passads; ina gronda sfida resta dentant er vinavant la recrutaziun da persunas da cader adattadas.

Tenor la Regenza na po il svilup demografic betg vegnir considerà en emprima lingia sco problem isolà dal persunal da l'administraziun chantunala. El pertutga plitgunsch la relaziun tranter il svilup da la populaziun, la purschida da forzas da lavur, la dumonda da prestaziuns statalas e las resursas finanzialas disponiblas. Las sfidas respectivas na sa laschan betg dumagnar mo cun reducir incumbensas u prestaziuns. Per exempel èsi da quintar, ch'il sectur da sanadad e da tgira dovria dapli forzas da lavur, perquai che la populaziun vegn pli e pli veglia. Tut tenor il svilup da l'intelligenza artifiziala pudess el dentant eventualmain er spargnar forzas da lavur. Perquai dovri ina consideraziun cumplessiva che resguarda las differentas consequenzas dal svilup demografic per ils differents secturs da la politica e che deducescha da quai prioritads per l'agir dal stadi.

En quest connex stoi vegnir resguardà, che las incumbensas dal chantun sa basan d'ina vart sin il dretg federal e da l'autra vart sin il catalog d'incumbensas betg definitiv da la Constituziun chantunala sco er da la legislaziun chantunala. Quai vul dir che betg tut las incumbensas na pon automaticamain vegnir adattadas, reducidas u valitadas auter; quai va mo là, nua ch'il chantun ha ina libertad d'agir (tras lescha).

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da midar questa incumbensa sco suonda:

La Regenza vegn incumbensada d'elavurar – en il rom dal proxim program da la Regenza – ina strategia demografica per il Grischun, che mussa las consequenzas positivas e negativas dal svilup demografic, che analisescha las sfidas e schanzas respectivas e che mussa mesiras pussaivlas per far frunt a quests svilups.

GRISCHUN * GRIGIONE * GRAUBÜNDEN *

En num da la Regenza

Il president: Martin Bühler

Il chancelier: Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di giugno 2026 2026-54

Incarico Hohl concernente l'attribuzione delle priorità strategiche ai compiti cantonali in vista della prevista carenza di manodopera

Nei prossimi anni i Grigioni saranno confrontati con una carenza di manodopera destinata ad acuirsi sensibilmente. Diversi studi, tra cui quelli del Forum economico dei Grigioni, mostrano che già entro il 2030 sul mercato del lavoro mancheranno diverse decine di migliaia di lavoratori. Questa evoluzione non riguarda soltanto l'economia privata, ma sempre più anche il settore pubblico.
Già oggi si constata che in diversi ambiti i posti vacanti non possono più essere occupati oppure possono esserlo soltanto con notevole dispendio. Al contempo continuano ad aumentare le esigenze nei confronti dello Stato, sia a causa dell'evoluzione demografica, sia in seguito a prescrizioni legali o a nuove aspettative della società.
In queste condizioni, in futuro non sarà più possibile adempiere in tutti gli ambiti ai compiti nella misura e secondo gli standard attuali. È pertanto opportuno chiarire tempestivamente e in modo lungimirante quali compiti statali debbano essere garantiti in ogni caso e in quali ambiti siano possibili alleggerimenti.
Il riesame dei compiti e delle prestazioni svolto dal Cantone costituisce una base importante a tale scopo. Esso si concentra tuttavia in primo luogo sull'efficienza e sulla finanziabilità. Finora non è invece stata affrontata esplicitamente la questione di come, da un punto di vista strategico, debbano essere attribuite le priorità tra i compiti statali in presenza di una carenza di manodopera sempre più marcata.
L'obiettivo del presente incarico non è pertanto quello di procedere a una riduzione generalizzata delle prestazioni, bensì di creare una base strategica che consenta al Cantone di continuare a svolgere in modo affidabile i propri compiti centrali anche in presenza di risorse di personale sempre più limitate.
A tale riguardo, oltre alla rinuncia consapevole a determinate prestazioni o alla loro limitazione, devono essere esaminate e illustrate sistematicamente anche le possibilità offerte dalla digitalizzazione, dall'automazione e dalla semplificazione organizzativa.

Il Governo è incaricato di presentare al Gran Consiglio un rapporto che illustri:

1. in quali settori di competenza del Cantone dei Grigioni siano prevedibili nei prossimi anni le maggiori carenze di manodopera dovute all'evoluzione demografica;
2. quali compiti del Cantone rientrino tra i compiti fondamentali che devono essere garantiti in ogni caso;
3. per quali compiti e prestazioni debbano essere esaminate rinunce alle prestazioni, limitazioni delle prestazioni, semplificazioni, standardizzazioni, digitalizzazioni, automazioni, cooperazioni o esternalizzazioni, al fine di impiegare in modo mirato le risorse di personale a favore dei compiti fondamentali;
4. in quali settori di competenza esistano margini di manovra politici o legislativi qualora la carenza di manodopera dovesse ulteriormente aggravarsi;
5. con quali priorità e in quale arco temporale il Governo intende attuare le misure necessarie.

Coira, 17 giugno 2026

Hohl, Koch, Heini, Adank, Altmann, Berthod, Berweger, Bundi, Butzerin, Caluori, Casutt, Censi, Claus, Cola, Collenberg, Crameri, Della Cà, Derungs, Dürler, Gansner, Gort, Grass, Haltiner, Hartmann, Heim, Jochum, Kienz, Kuoni, Lehner, Luzio, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Natter, Oesch, Pfäffli, Rodigari, Roffler, Rüegg, Schutz, Stiffler, Thür-Suter, Tomaschett, von Tscharner, Wieland

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Seduta del	Comunicato il	Protocollo n.
25 agosto 2026	26 agosto 2026	601/2026

Incarico Hohl

concernente l'attribuzione delle priorità strategiche ai compiti cantonali in vista della prevista carenza di manodopera

Risposta del Governo

Conformemente all'art. 78 della Costituzione del Cantone dei Grigioni (Costituzione cantonale, Cost. cant.; CSC 110.100) i compiti pubblici devono essere periodicamente esaminati in base ai criteri della necessità, dell'efficacia e della possibilità di finanziamento. Nel quadro del riesame dei compiti e delle prestazioni (RCP) effettuato nel 2022 il Governo ha analizzato in modo sistematico e capillare i compiti del Cantone dei Grigioni. In tale occasione è stato tra l'altro verificato se nell'interesse pubblico sia possibile rinunciare ai compiti o rinunciarvi in parte oppure se l'entità delle prestazioni possa essere ridotta. I risultati del RCP sono stati messi a disposizione del pubblico in un rapporto.

Il Governo ritiene che il riesame dei compiti e delle prestazioni cantonali sia in linea di principio un compito di condotta permanente. Perciò, nel recente passato sono già stati attuati o avviati su base continua miglioramenti, ottimizzazioni di processi (incl. digitalizzazione) nonché riorganizzazioni.

La carenza di manodopera sempre più acuta cui viene fatto riferimento nell'incarico riguarda l'intera economia e quindi anche l'Amministrazione cantonale. Essa è in stretta relazione con l'evoluzione demografica del nostro Cantone e costituisce già oggi un fattore importante. Per questa ragione, già nel quadro del programma di Governo 2025–2028 sono stati formulati punti centrali di sviluppo (PCSv 1.2 e 1.3) che prevedono iniziative volte a contrastare la carenza di personale specializzato dovuta all'evoluzione demografica e a migliorare l'attrattiva quale datore di lavoro. Mediante misure concrete si intende contrastare in modo mirato la carenza di manodopera e aumentare ulteriormente l'attrattiva del Cantone come datore di lavoro.

Il Governo ritiene che sarebbe riduttivo, come richiesto nel presente incarico, commisurare l'entità dei compiti statali esclusivamente alla disponibilità di manodopera

nell'Amministrazione cantonale. Inoltre sarebbe difficile formulare una previsione attendibile, poiché il mercato del lavoro è caratterizzato da un'evoluzione dinamica. Attualmente, rispetto agli scorsi anni, la situazione dell'Amministrazione cantonale risulta temporaneamente persino un po' meno tesa; il reclutamento di personale dirigente idoneo continua tuttavia a rappresentare una sfida.

Dal punto di vista del Governo, l'evoluzione demografica non deve essere considerata principalmente come un problema isolato in termini di personale dell'Amministrazione cantonale. Essa riguarda invece il rapporto tra l'evoluzione della popolazione, l'offerta di manodopera, la domanda di prestazioni statali e le risorse finanziarie disponibili. Le sfide che ne derivano non possono essere affrontate solo con una riduzione di compiti o di prestazioni. È ad esempio prevedibile che, a seguito dell'invecchiamento della popolazione, nei settori della sanità e delle cure sarà necessario più personale o che, a seconda dello sviluppo dell'intelligenza artificiale, il fabbisogno di manodopera potrà eventualmente essere ridotto. È pertanto necessario un approccio globale che tenga conto delle diverse ripercussioni dell'evoluzione demografica sui vari settori politici e ne desuma le priorità per l'attività dello Stato.

A tale proposito occorre considerare che i compiti del Cantone risultano da un lato dal diritto federale, d'altro lato dalla lista dei compiti non esaustiva della Costituzione cantonale nonché dalla legislazione cantonale. Ciò significa che non tutti i compiti possono essere senz'altro adeguati, ridotti o ponderati diversamente; questo è possibile soltanto laddove il Cantone dispone di un corrispondente margine di manovra (legale).

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di modificare come segue l'incarico in oggetto:

Il Governo viene incaricato di elaborare, nel quadro del prossimo programma di Governo, una strategia demografica dei Grigioni che illustri gli effetti positivi e negativi dell'evoluzione demografica, che analizzi le sfide e le opportunità risultanti e che illustri possibili misure per gestire questi sviluppi.

GRISCHUN * GRIGIONE * GRAUBÜNDEN *

In nome del Governo

Il Presidente: Il Cancelliere:

Martin Bühler Daniel Spadin